

Am 4 August 2016 hat die Koalition der Freien Szene allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien Wahlprüfsteine gesandt. Inzwischen haben alle geantwortet.
Stand: 07.09.2016

Urteilt selbst. Geht wählen. Am 18. September 2016



Nichts ist erledigt:

- Faire Arbeitsbedingungen für KünstlerInnen
- 100 Prozent der Citytax für Kultur
- 50 Prozent davon für die Freie Szene

5. Frage: Wie möchten Sie unentgeltliche Arbeit, prekäre Beschäftigung und chronische Unterbezahlung in der Kulturarbeit, künstlerischen Produktion und Präsentation zukünftig in den Institutionen wie in geförderten Projekten der Freien Szene vermeiden? Wie stehen Sie zu verbindlichen Honoraruntergrenzen?

Die Linke.:	Die Piraten	Die Grünen	SPD	CDU
--------------------	--------------------	-------------------	------------	------------

<p>Fragen 4 und 5 können im Zusammenhang beantwortet werden. DIE LINKE. Berlin hat sich in Regierungsverantwortung sehr dafür eingesetzt, die Einkommenssituation von Künstlerinnen und Künstler zu verbessern. Professionelle Künstlerinnen und Künstler, gewerbliche Tätige und sonstige Beschäftigte im Kulturbereich müssen von ihrer Arbeit leben können und haben Anspruch auf angemessene Vergütung. Mindestlöhne und Honoraruntergrenzen dürfen nicht unterschritten werden, wenn es um sich um Vergütungen handelt, die aus dem Landeshaushalt finanziert werden. DIE LINKE. Berlin hat sich aber darüber hinaus dafür eingesetzt, dass es Arbeitsmöglichkeiten und Aufträge für freiberuflich Tätige in der Kultur gibt. So wurde ein Fonds für Lesehonorare in Schulen und Bibliotheken</p>	<p>Wir unterstützen die Forderung von Kunst- und Kulturschaffenden nach höheren und verbindlichen Honoraruntergrenzen, Ausstellungshonoraren und Projektförderungen und werden dies in der kommenden Legislaturperiode durch entsprechende parlamentarische Initiativen innerhalb und außerhalb der Haushaltsberatungen verdeutlichen.</p>	<p>Siehe auch Beantwortung der Frage 4. Regelungen zu Honoraruntergrenzen, zum Mindestlohn, zu angemessenen Tarifen, fairen Werkverträgen und Praktikavergütungen müssen auch im Kulturbereich umgesetzt werden. Die freie Szene ist hochprofessionell organisiert. Die freien Kulturschaffenden sind Arbeitgeber*innen, kleine Institutionen, die eine an Institutionen gemessene Förderung verdienen. Prekariat und Altersarmut</p>	<p>Die soziale Sicherung von Künstlerinnen und Künstlern ist der SPD in Bund, Land und Bezirken ein wichtiges Anliegen. Wir haben mit dem vergangenen Haushalt erstmals Honoraruntergrenzen und Ausstattungsvergütungen eingeführt und die Mittel in den entsprechenden Förderprogrammen erhöht, damit die Einführung der Honoraruntergrenzen und Ausstattungsvergütungen nicht dazu führt, dass</p>	<p>Wir unterstützen die Kulturarbeit und treten durch verbindliche Honoraruntergrenzen dafür ein, die Lage der in der Kulturarbeit tätigen Künstlerinnen und Künstler zu verbessern.</p>
--	--	--	---	--

[Gesamtübersicht über Wahlprüfsteine und Antworten der Parteien auf der Website der Koalition der Freien Szenen](#)

Am 4 August 2016 hat die Koalition der Freien Szene allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien Wahlprüfsteine gesandt. Inzwischen haben alle geantwortet.
Stand: 07.09.2016

Urteilt selbst. Geht wählen. Am 18. September 2016



Nichts ist erledigt:

- Faire Arbeitsbedingungen für KünstlerInnen
- 100 Prozent der Citytax für Kultur
- 50 Prozent davon für die Freie Szene

5. Frage: Wie möchten Sie unentgeltliche Arbeit, prekäre Beschäftigung und chronische Unterbezahlung in der Kulturarbeit, künstlerischen Produktion und Präsentation zukünftig in den Institutionen wie in geförderten Projekten der Freien Szene vermeiden? Wie stehen Sie zu verbindlichen Honoraruntergrenzen?

Die Linke.:	Die Piraten	Die Grünen	SPD	CDU
<p>geschaffen. Auch an der Etablierung von Ausstellungsvergütungen in kommunalen und landeseigenen Galerien hat DIE LINKE eine Aktie. Mit den 300 Kulturjobs im Rahmen des Öffentlichen Beschäftigungssektors kamen den Kunst- und Kulturschaffenden über die freien Kulturträger innerhalb von drei Jahren 20 Mio. € zu Gute. Die LINKE. Berlin hat sich in ihrer Regierungszeit auch dafür stark gemacht, dass bei den baulichen Maßnahmen im Rahmen der zwei Konjunkturprogramme des Bundes finanzielle Mittel für Kunst am Bau-Vorhaben bereitgestellt werden. Auch die Etablierung des Projektfonds für Kulturelle Bildung, der die Kooperation von Künstlerinnen und Künstlern mit Schulen und Freizeiteinrichtungen finanziell ermöglicht, geht auf eine Initiative der LINKEN zurück. Daraus sind bereits etliche dauerhafte Patenschaften, Kooperationen und Arbeitsmöglichkeiten für Kunst- und Kulturschaffende entstanden. DIE LINKE. Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die</p>		<p>dürfen nicht als Selbstverständlichkeit für Künstler*innen gelten. Die existierenden verfehlten sozialen Rahmenbedingungen müssen dringend geändert werden.</p> <p>siehe auch Antwort 1, 6 und 7</p>	<p>weniger Projekte gefördert werden können. Die Tarifierhöhungen bei tarifgebundenen Institutionen haben wir in den letzten Legislaturperioden durch kontinuierliche Erhöhungen der Zuschüsse weitgehend kompensiert.</p> <p>Mit dem letzten Doppelhaushalt wurde auch für die nicht tarifgebundenen Einrichtungen eine pauschale Zuschusserhöhung von 1,5 % realisiert, die für Personal- und Sachkostensteigerungen bestimmt ist..</p>	

[Gesamtübersicht über Wahlprüfsteine und Antworten der Parteien auf der Website der Koalition der Freien Szenen](#)

Am 4 August 2016 hat die Koalition der Freien Szene allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien Wahlprüfsteine gesandt. Inzwischen haben alle geantwortet.
Stand: 07.09.2016

Urteilt selbst. Geht wählen. Am 18. September 2016



Nichts ist erledigt:

- Faire Arbeitsbedingungen für KünstlerInnen
- 100 Prozent der Citytax für Kultur
- 50 Prozent davon für die Freie Szene

5. Frage: Wie möchten Sie unentgeltliche Arbeit, prekäre Beschäftigung und chronische Unterbezahlung in der Kulturarbeit, künstlerischen Produktion und Präsentation zukünftig in den Institutionen wie in geförderten Projekten der Freien Szene vermeiden? Wie stehen Sie zu verbindlichen Honoraruntergrenzen?

Die Linke.:	Die Piraten	Die Grünen	SPD	CDU
<p>Kulturelle Bildung noch verstärkt wird, über den Kreis der Kinder und Jugendlichen hinaus und verbunden mit angemessener Vergütung. Das alles ging nur durch ressortübergreifendes Zusammenwirken wie es in der Berliner Verwaltung sonst kaum gepflegt wurde und wird. Ohne entsprechende politische Unterstützung und Schwerpunktsetzung durch die von der LINKEN gestellten Senatorinnen und Senatoren wäre diese ressortübergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen Senatsverwaltungen nicht zustande gekommen. Das gilt auch für die Erstellung der Berichte zur Kulturwirtschaft mit Analysen zur konkreten Arbeits- und Lebenssituation der Kreativen in Berlin. Seit geraumer Zeit geht es jedoch nicht nur um die Auftragslage und Verdienstmöglichkeiten im Kulturbereich, sondern verstärkt um bezahlbare Mieten und nutzbare Räume. DIE LINKE. Berlin tritt dafür ein, dass landeseigene Liegenschaften auch gehalten</p>				

[Gesamtübersicht über Wahlprüfsteine und Antworten der Parteien auf der Website der Koalition der Freien Szenen](#)

Am 4 August 2016 hat die Koalition der Freien Szene allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien Wahlprüfsteine gesandt. Inzwischen haben alle geantwortet.
Stand: 07.09.2016

Urteilt selbst. Geht wählen. Am 18. September 2016



Nichts ist erledigt:

- Faire Arbeitsbedingungen für KünstlerInnen
- 100 Prozent der Citytax für Kultur
- 50 Prozent davon für die Freie Szene

5. Frage: Wie möchten Sie unentgeltliche Arbeit, prekäre Beschäftigung und chronische Unterbezahlung in der Kulturarbeit, künstlerischen Produktion und Präsentation zukünftig in den Institutionen wie in geförderten Projekten der Freien Szene vermeiden? Wie stehen Sie zu verbindlichen Honoraruntergrenzen?

Die Linke.:	Die Piraten	Die Grünen	SPD	CDU
werden, wenn die unmittelbare Nutzung durch die öffentliche Hand nicht mehr erforderlich und gegeben ist. Wenn sie für kulturelle oder soziale Zwecke zur Verfügung gestellt werden, können sie nach dem Willen der LINKEN auch unter Wert abgegeben bzw. vermietet werden.				

[Gesamtübersicht über Wahlprüfsteine und Antworten der Parteien auf der Website der Koalition der Freien Szenen](#)